

links im Landtag

Fraktion DIE LINKE
im Sächsischen Landtag
Herbst 2017



Länger gemeinsam lernen – das ist Hauptthema dieser Zeitung. Doch nicht nur die verfrühte Trennung der Kinder nach der 4. Klasse muss weg. Sachsens Schulwesen leidet neben dem Lehrermangel an weiteren Problemen, die gelöst werden müssen. Es geht schon damit los, dass der Schulbesuch eigentlich nichts kosten soll. Doch bereits der Weg zum Unterricht ist teuer. Bis zu 250 Euro pro Jahr kostet der Elternanteil für die Zeitkarte in Sachsen. In jedem Land-

kreis und jeder kreisfreien Stadt gibt es andere, steigende Preise. Seit fünfzehn Jahren fordert die Linksfraktion, den Zuschuss des Landes für den Ausbildungsverkehr zu erhöhen – im letzten Jahr wurde das zum letzten Mal abgelehnt. Jetzt von der CDU/SPD-Mehrheit. Allerdings kam Bewegung in die Sache. Es hieß: Bald kommt ein sachsenweites Bildungsticket. Klingt klasse, aber wie im März unser mobilitätspolitischer Sprecher Marco Böhme sagte,

als das wieder Thema war: »Dann müsst ihr Geld locker machen!« Im Sommer Pressemeldung: Bildungsticket kommt nicht. Der Minister sagte: »Soll doch kommen, irgendwie. Es gibt ja eine Strategiekommision, die muss was vorschlagen.« Also machen wir weiter Druck – wäre ein schönes Weihnachtsgeschenk für die Familien, wenn die Lösung naht. Auf dem Land sind Schulbusse oft fast die einzige Möglichkeit,

auch ohne Auto mobil zu sein. Wir wollen, dass jede und jeder mit Bus und Bahn in ganz Sachsen herumkommt. Es gibt gute Ideen von Experten für einen günstigen und flächendeckenden ÖPNV – genau dafür streiten wir! Nicht bezahlbar? Das ist Einstellungs-sache: Gutes Angebot gemeinsamer Mobilität ist besser, als wenn jeder Haushalt mehrere Autos braucht, um den Alltag zu bewältigen. Und der Umwelt ist auch geholfen.

Was wollen Sie?



Die CDU versucht seit einem Vierteljahrhundert, den Menschen in Sachsen ihren Wunsch nach längerem gemeinsamem Lernen in den Schulen auszutreiben. Doch sie schafft's nicht: Die Zustimmung der jüngsten Wählerinnen und Wähler (18 bis 29 Jahre alt) zur Gemeinschaftsschule ist unter allen Altersgruppen die größte: 78 Prozent!

Was fällt der CDU dazu ein? Die Feststellung, dass Sachsens Schülerinnen und Schüler die besten in Deutschland sind. In der Schule würde man darunter schreiben: Thema verfehlt. Dass Sachsens Schülerschaft Klasse ist, wissen wir auch. Die Kinder und Jugendlichen haben tolle Eltern und eine hoch engagierte, kompetente Lehrerschaft.

Das ist kein Verdienst der CDU-geführten Staatsregierung. Nun ist die CDU-Kultusministerin zurückgetreten, und als Nachfolger benennt Ministerpräsident Tillich einen Mann, der das längere gemeinsame Lernen als »Schulhausbauprogramm« abqualifiziert und damit zeigt: Von ihm ist nichts Neues zu erwarten. Auch Herr Tillich will nicht mehr weitermachen und im Dezember zurücktreten. Sein Nachfolger soll mit dem Generalsekretär der sächsischen CDU ausgerechnet der Politiker werden, den die Menschen seines Wahlkreises aus dem Bundestag abgewählt haben.

Es lohnt sich nicht, weiter auf die CDU zu warten. Deshalb gibt es immer mehr Menschen, die die Sache selbst in die Hand nehmen wollen. Mit einem Volksantrag und einem Volksbegehren. Wir finden, das ist eine gute Idee. Wir machen mit, damit Ihr Wille Wirklichkeit wird. Sie auch?

*Ihr Rico Gebhardt
Fraktionsvorsitzender*

Vielleicht gehören Sie zu den 64 Prozent der Menschen in Sachsen, die nicht möchten, dass die Kinder schon nach vier Jahren Grundschule auseinandergehen. 75 Prozent ist das Thema sogar so wichtig, dass sie für einen Volksentscheid über längeres gemeinsames Lernen unterschreiben würden. So hat es ein renommiertes Meinungsforschungsinstitut für unsere Linksfraktion herausgefunden. Wir wollten ermitteln, was Sie über das längere gemeinsame Lernen denken. Alle Zahlen dazu finden Sie auf der Internetseite der Fraktion. (www.linksfraktion-sachsen.de)

Gemeinsam lernen

Jetzt wissen es also alle, die's wissen wollen: Wenn Ihnen auf der Straße drei erwachsene Menschen entgegen kommen, wollen wahrscheinlich zwei von ihnen das längere gemeinsame Lernen. Nun kann man natürlich fragen, wie lange? Sechs, acht oder zehn Jahre? Die Mehrheit (51 Prozent) von denen, die das längere gemeinsame Lernen wollen, ist für acht Jahre. Noch etwas soll nicht verschwiegen werden: Ebenfalls zwei Drittel der wahlberechtigten Wohnbevölkerung Sachsens wünschen sich, dass die Schulen vor Ort selbst darüber entscheiden, ob sie in Zukunft eine Gemeinschaftsschule sein wollen. Also eine Schule, wo Kinder länger gemeinsam lernen können.

Bei den Nachbarn klappt's schon

So wird's in unserem Nachbarland Thüringen schon länger gemacht. Nebenbei gesagt: Dort ist inzwischen Bodo Ramelow, ein LINKER, Ministerpräsident, und es regiert eine Koalition aus LINKE, SPD und GRÜNEN. In Jena zum Beispiel lernen immer mehr Kinder länger gemeinsam, jetzt schon 60 Prozent derer, die in die fünfte Klasse kommen. Ein echtes Erfolgsmodell. Der Bürgermeister und Dezernent für Familie, Bildung und

Soziales in Jena ist übrigens ein Mann von der CDU. Das wundert Sie? Uns nicht, denn auch 60 Prozent der Menschen in Sachsen, die zur CDU neigen, sind für die Gemeinschaftsschule. Auch das wissen wir durch diese Umfrage.

Viele wollen eine Schule für alle

Als Sachsen im Frühjahr ein neues Schulgesetz bekam, dachten wir uns: Wir laden den CDU-Bürgermeister aus Jena ein, damit auch die CDU-Fraktion im Sächsischen Landtag etwas dazulernt. Denn es wäre doch schön, wenn die Gemeinschaftsschule überall in Sachsen möglich wäre, wo die Menschen sie haben wollen. In der Leipziger Nachbarschaftsschule und beim Chemnitzer Schulmodell ist sie schon Wirklichkeit. Doch mit diesen zwei Inseln im sächsischen Schulsystem wollen wir uns nicht zufriedengeben, denn: Viele Eltern, Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler, Vereine, Gewerkschaften, Wirtschaft und Handwerk fordern die Gemeinschaftsschule, in der alle Abschlüsse möglich sind.

Aufbruch von unten – jetzt!

Die CDU-Fraktion hörte leider nicht auf die guten Erfahrungen eines CDU-Stadt- und Schulpolitikers aus Jena. Die SPD-Fraktion stimmt uns zu, sagt aber zugleich: In der Koalition mit der CDU können wir leider nichts machen.

Cornelia Falken, bildungspolitische Sprecherin der Linksfraktion, freut sich deshalb, dass jetzt auf Initiative des Vereins »Gemeinsam länger lernen in Sachsen« die Weichen für die Vorbereitung Richtung Volksentscheid für längeres gemeinsames Lernen gestellt worden sind: »Es geht darum, jetzt Druck von unten zu machen, damit Sachsen nicht noch ein Vierteljahrhundert aufs längere gemeinsame Lernen warten muss.«





Beim Chorsingen kommen Schüler unterschiedlicher Jahrgänge zusammen. Aber schon 2015 schlug der Sächsische Musikrat Alarm: Es gibt immer weniger Schulkhöre in Sachsen. Deshalb forderten wir: Musiklehrer müssen mehr Unterstützung für die Chorarbeit bekommen!

Fünf Jahre macht die Linksfraction Druck für echte Lernmittelfreiheit – mit Erfolg. Kopien, Taschenrechner u. a. werden jetzt von der Schule übernommen. Als nächstes bitte: Tablets! Die gehören heutzutage mit dazu.

Fehler im »System« des Ministeriums

Wenn die mittlerweile zurückgetretene CDU-Kultusministerin Kurth über Schulen sprach, redete sie gerne von Lehrkräften »im System«. Gemeint ist die Situation in Sachsens Klassenzimmern. Wie das von Frau Kurth gemanagte »System« im Alltag aussieht, wissen Sie wahrscheinlich besser als die ehemalige Ministerin, egal ob Sie noch zur Schule gehen, unterrichten, Eltern bzw. Großeltern oder interessierte Nachbarn sind. Es ist schwer, den Überblick über alle »Baustellen« in Sachsens Schulwesen zu behalten. Daher hier ein kleiner Baustellenrundgang durch die Fehler im »System« der Ministerin.

Vor jeder Klasse in jeder Stunde eine ausgebildete Fachlehrkraft? Das war einmal. Heute reden alle über »Seiteneinsteiger/innen«.

Weil die CDU-geführte Staatsregierung seit 2006 (!) nicht auf Hinweise der Linksfraction einging, mehr Lehrkräfte auszubilden, fehlen sie heute. Über die Hälfte der zum Schuljahresbeginn eingestellten Lehrkräfte sind Seiteneinsteiger, seit 2013 schon über 2.000 (allerdings ist von den in den letzten zwei Jahren Eingestellten jeder siebte wieder weg, das kam bei einer Kleinen Anfrage unserer Bildungspolitikerin Cornelia Falken heraus). Also Menschen, die eine wissenschaftliche, aber keine pädagogische Ausbildung haben. Sie müssen erstmal zur dreimonatigen Fortbildung. Danach brauchen sie Unterstützung im Lehrerkollegium.

Trotz »Seiteneinsteigern« nimmt der Unterrichtsausfall zu.

Schon im letzten Schuljahr wurde an Förder- und Oberschulen in Sachsen fast jede zehnte Stunde gestrichen. Es fiel also entweder der Unterricht ganz aus, oder die Stunde wurde »fachfremd«, nicht nach Stundenplan gehalten. In diesem Schuljahr wird es noch mehr Unterrichtsausfall geben.

Gerechtigkeit im Lehrerzimmer – Fehlanzeige. Langgediente Lehrkräfte müssen »Neue« einarbeiten – und verdienen schlechter als sie. Das Gleiche gilt für Grundschul- und Oberschullehrerinnen und -lehrer: Sie führen ausgebildete Gymnasiallehrkräfte, die bereit sind, an Grund- und Oberschulen zu unterrichten, in die

Arbeit ein – und haben deutlich weniger auf dem Gehaltszettel als sie.

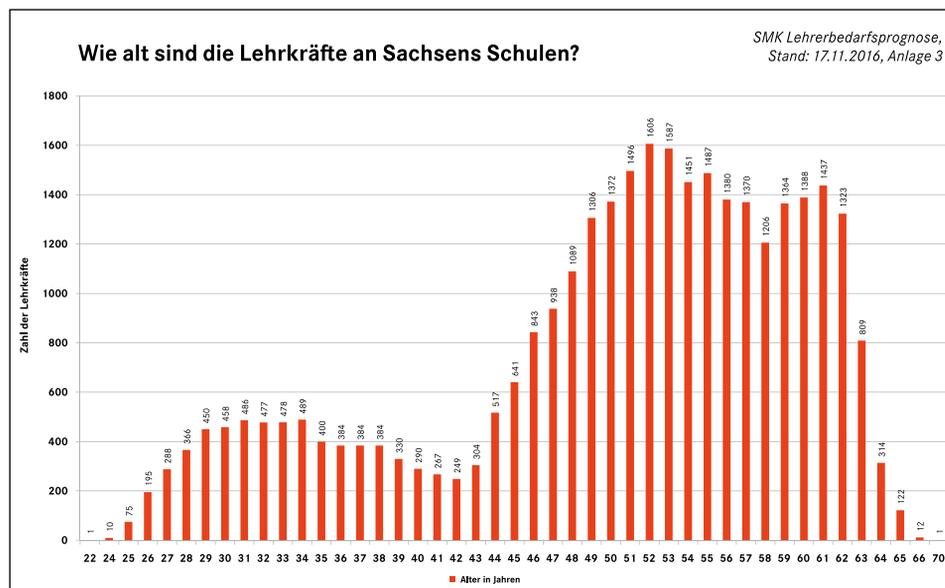
Eine Behinderung sollte keine Barriere mehr sein, am »normalen« Schulunterricht teilzunehmen. Solche »Inklusion« ist ein Gebot der UN-Behindertenrechtskonvention.

Aber die Einbeziehung von Kindern mit körperlichen oder geistigen Beeinträchtigungen funktioniert nicht im Selbstlauf – Sachsen ist beim Thema »Fördern ohne Sonderschule« leider noch Entwicklungsland, das bestätigte eine Sachverständigen-Anhörung des Landtags. Im neuen Schulgesetz wird dieses Ziel auf die lange Bank geschoben – zu Lasten betroffener Kinder und Eltern.

Sanierungsstau an Schulen und noch zu wenig Sozialarbeiter-Stellen.

Das sind zwei weitere »Baustellen«, auf die unter dem Druck der linken Opposition Bewegung gekommen ist. Wir bleiben dabei: An jede Schule gehört eine volle Sozialarbeiter-Stelle – von dieser flächendeckenden Hilfe für die Schülerinnen und Schüler sind wir noch weit entfernt.

Viele Lehrkräfte an Sachsens öffentlichen Schulen sind nicht sehr weit weg vom Renteneintritt. An freien Schulen sieht's kaum anders aus. Woher werden die vielen »Neuen« kommen, die bald gebraucht werden?



Längeres gemeinsames Lernen: Damit wird man sogar Kanzlerin

Längeres gemeinsames Lernen? Hier sagt ein erfahrener Lehrer, warum er dafür ist. Auf der nächsten Seite kommt im Interview ein Vertreter der Eltern zu Wort.



© Holger Ahrens

»Nach meinem Lehrstudium in Leipzig begann ich 1983 dort meine Lehrtätigkeit an einer POS. Bis heute halte ich die Organisationsstruktur der DDR-Schule für deutlich besser als das jetzige dreigliedrige Schulsystem der Bundesrepublik.

Zum einen setzt die frühzeitige Separierung nach der 4. Klasse Lehrer; Schülerinnen und Schüler und Eltern enorm unter Druck, zum anderen brauchen Kinder und Jugendliche eine Zeit der Selbstfindung, um eigene Stärken und Schwächen zu erfahren. Nach der 4. Klasse ist dieser Prozess keineswegs abgeschlossen.

Beredtes Zeugnis dafür ist die aus meiner Sicht sehr hohe Zahl von Schülerinnen und Schüler, die aus verschiedensten Gründen vom Gymnasium wieder zurück an die Oberschule wechseln müssen. Hier werden gebrochene Karrieren produziert, mit denen die Jugendlichen oft nicht leicht umgehen können, was zu weiteren Konflikten führt.

Das heute immer wieder bemühte Argument, längeres gemeinsames Lernen benachteilige die leistungsstarken Schüler*innen, ist aus meiner Sicht nicht haltbar. Schüler*innen, die in der DDR acht Jahre gemeinsam lernten und dann erst an eine gymnasiale Oberstufe (damals EOS) wechselten, sind heute erfolgreiche Ingenieure, Wissenschaftler, Ärzte, Lehrer (und sogar Bundeskanzlerin).

Es ist deshalb auch unsinnig, Forderungen nach Strukturänderungen immer wieder als angebliche ideologische Debatten abzutun. Viele Länder sind den Weg längeren gemeinsamen Lernens gegangen und heute damit sehr erfolgreich.«

*Uwe Preuss, Jahrgang 1958,
Lehrer an einer Leipziger Oberschule*

Eine Form des gemeinsamen Lernens ist auch das jahrgangsübergreifende Lernen. Solche Projekte stellt eine Schülerin aus eigenem Erleben vor und sagt zugleich auch, warum sie grundsätzlich für längeres gemeinsames Lernen ist:



Foto: privat

»Ich habe meine ersten drei Schuljahre in einer jahrgangsübergreifenden Klasse gelernt und auch danach noch in altersgemischten Projekten. Während Ersteres nun endlich auch in der Öffentlichkeit nicht mehr nur als Exot behandelt wird, sehe ich noch viel größeres

Potenzial in den Projekten.

In den höheren Jahrgangsstufen sind altersgemischte Klassen aufgrund der zu unterschiedlichen behandelten Themen nicht mehr möglich. Doch Projekte, die nur eine Woche umfassen, können trotzdem von der ganzen Schule gemeinsam durchgeführt werden. Das Ganze kann unter einem Oberthema wie Umwelt oder Politik stehen oder vollständig frei organisiert sein, und nicht nur Lehrer, sondern auch Schülerinnen und Schüler können dabei mitgestalten. Dadurch können Schülerinnen und Schüler, wie auch in altersgemischten Klassen, in die Rolle des Lehrenden schlüpfen, Selbstvertrauen sammeln und andere motivieren, sich ebenfalls anzustrengen.

Das ist auch eine Möglichkeit, die geistige Trennung zwischen Oberschule und Gymnasium aufzulösen. Ich bin nicht gegen eine Teilung der Schülerinnen und Schüler nach Leistung(swillen), doch die sollte erfolgen, wenn die Schülerinnen und Schüler so weit sind – und nicht wenn Eltern oder Schulgesetz es vorschreiben. Schülerinnen und Schüler, die in der fünften Klasse noch kaum Interesse am Unterricht zeigen, können in der achten Klasse zu Überfliegern werden und auch anders herum. Dann sollten sie die Möglichkeit haben, problemlos ihr Potenzial ausleben zu können. Ein gutes Konzept dafür gibt es schon in den hessischen Integrierten Gesamtschulen mit den A-, B- und C-Kursen.«

Susanne Kropp, 11. Klasse

Volksentscheide sind laut sächsischer Landesverfassung die zweite Säule der Demokratie neben dem Landtag. Doch die Hürden sind zu hoch, nur ein Mal hat es geklappt – vor 16 Jahren. Deshalb will die Linksfraktion die Zahl der nötigen Unterschriften von 450.000 auf 175.000 senken, auf fünf Prozent der Wahlberechtigten. Daran, dass die direkte Demokratie nicht funktioniert und sich die Demokratie in Sachsen in Schieflage befindet, ist die CDU schuld: Sie blockiert die Absenkung der Hürden.



© flickr / Mehr Demokratie / CC BY-SA 2.0

40.000 Unterschriften braucht man zurzeit für einen Volksantrag, mit dem sich dann der Landtag befassen muss. Zum Beispiel fürs längere gemeinsame Lernen. Lehnt die CDU dann ab, wird die Landtagswahl zur »Volksabstimmung« über die CDU-Blockaden.

Für nähere Informationen zum IGS-System in Hessen:
<http://bit.ly/2xbrW9D>



© Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag



»Es geht um soziale Kompetenz«



Was bewegt heutzutage einen Menschen wie Sie, der wahrscheinlich mit Beruf und Familie genug zu tun hat, seine Freizeit in Gremien zu investieren, die sich mit Schulpolitik befassen?

Wenn sich die Eltern im Klaren wären, welche Macht sie haben, wenn sie in solchen Gremien mitarbeiten, dann wäre viel gewonnen. Mein Hauptanliegen zurzeit ist es offenzulegen, welche Strukturen die Bürger von der Mitwirkung abhalten.



Als in diesem Jahr das neue Schulgesetz in Sachsen beschlossen wurde, hat die Kultusministerin gerne betont, dass es vorher viel Bürgerbeteiligung durch die Diskussionsforen im ganzen Land gegeben habe. Wie haben Sie diesen »Dialog« wahrgenommen?

Wir können unsere Meinung frei darlegen, ich habe auch an einem sogenannten »Bürgerdialog« mit Herrn Tillich teilgenommen. Aber »Dialog« heißt für mich produktive Reibung und dass sich beide Standpunkte annähern. Davon war vor allem bei Kultusministerin Kurth nichts zu merken, sie sagte am Ende nur »Basta«. Was konträr zu den regierenden Parteien ist, wird zwar zur Kenntnis genommen, aber das bleibt folgenlos.



Das längere gemeinsame Lernen der Kinder ist auch im neuen Schulgesetz nicht vorgesehen. Manche sagen: »Bloß gut, das gab's in der DDR, also wollen wir das heute nicht mehr.« Was halten Sie von diesem Argument?

Das ist Unfug, weil es heute nicht um Ideologie, sondern um soziale Kompetenz geht. Wenn die CDU will, dass es keine gemeinschaftlichen Erkenntnisse der Bürger gibt, dann ist es natürlich aus ihrer Sicht die richtige Politik, die Menschen so früh wie möglich auseinander zu reißen. Was dabei herauskommt, sehen wir jeden Tag: Die Bürger werden zu reinen Konsumenten degradiert.

Wenn Sie in einem Satz sagen sollten, was für das längere gemeinsame Lernen spricht, was würden Sie dann antworten?



Es geht um die Steigerung und Aufwertung der sozialen Kompetenz und darum zu erkennen, dass jeder am Bestand der Demokratie mitwirken muss. Wer sich raus hält, hat sein Meckerrecht verwirkt.

Was sind aus Ihrer Sicht die größten Probleme an den Schulen, die schnellstmöglich gelöst werden müssten?

Der Lehrermangel und die Inklusion. Technisch kann man alles von heute auf morgen regeln, Geld genug ist da. Aber das reicht nicht, Inklusion ist vor allem eine Frage der Einstellung und der Ausstattung mit geeignetem Personal, um wirklich alle Kinder in das normale Schulleben mit einzubeziehen. Ich habe allerdings große Zweifel, ob es in den bestehenden Entscheidungsstrukturen zu den richtigen politischen Weichenstellungen kommt.



»Nicht für die Schule, sondern für's Leben lernen wir« – heißt es. Wenn Sie an die »Schule für's Leben« in Sachsen denken, dann wünschen Sie sich ...

... dass das provinzielle, nationale Denken in Sachsen abgelöst wird und wirkliche Weltoffenheit herrscht. Wir drehen uns hier in Sachsen fast nur um uns selbst. Ich gebe jeden Groschen für Reisen aus, um andere Kulturen kennenzulernen. Wir hatten letztes Weihnachten einen Austauschschüler aus Paraguay bei uns zu Gast, und auf Einladung seiner Familie werden wir nächstes Jahr seine Heimat besuchen. Bei mir im Betrieb arbeitet ein junger Afghane, dem ich geholfen habe, eine Wohnung in der Nähe seines Arbeitsplatzes zu finden.



Nun befürchtet er, dass schon bald der Abschiebungsbescheid kommt. Und das, obwohl er voll in den Arbeitsprozess integriert ist.

Reiner Tennler (54) aus Annaberg-Buchholz ist Vorsitzender des Ausschusses »Grundschulen« des sächsischen Landeselternrats. Der Vater zweier Söhne (10 und 29 Jahre) arbeitet in der Metallindustrie.



»Nicht für die Schule, sondern für's Leben lernen wir« – heißt es. Wenn ich an die »Schule für's Leben« in Sachsen denke, dann wünsche ich mir ...



Klaus Bartl

Verfassungs- und rechtspolitischer Sprecher
klaus.bartl@slt.sachsen.de

»dass das in Artikel 102 der Verfassung Sachsens verankerte Recht auf Schulbildung für jedes Kind wirklich unabhängig von seiner Herkunft oder vom Geldbeutel der Eltern Realität wird.«



Nico Brünler

Sprecher für Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik
nico.bruehler@slt.sachsen.de

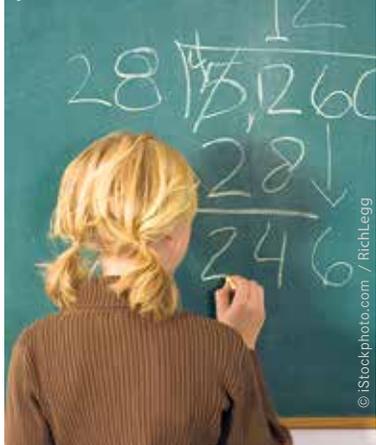
»dass junge Menschen nicht nur trainiert werden, für das Arbeitsleben zu funktionieren, sondern auch zu hinterfragen, welche sozialen und ökologischen Folgen die kapitalistische Wirtschaftsweise hat.«



Marco Böhme

Sprecher für Klimaschutz, Energie und Mobilität
Stellv. Fraktionsvorsitzender
marco.boehme@slt.sachsen.de

»dass Schule ein Ort ist, wo man lernt, wie man umweltfreundlich mobil ist.«



© drubig-photo / Fotolia.com



Sarah Buddeberg

Gleichstellungs- und Queerpolitische Sprecherin
Parlamentarische Geschäftsführerin
sarah.buddeberg@slt.sachsen.de

»dass die Schule ein Ort ist, an dem alle Kinder die Chance haben sollten, über ihre gesellschaftlich gesteckten Grenzen hinauszuwachsen.«



Cornelia Falken

Bildungspolitische Sprecherin
cornelia.falken@slt.sachsen.de

»dass das längere gemeinsame Lernen bis einschließlich Klasse 8 in Sachsen für alle, die es wollen, möglichst bald Wirklichkeit wird. Das tut den Kindern gut – und der ganzen Gesellschaft.«



Antje Feiks

Medienpolitische Sprecherin
antje.feiks@slt.sachsen.de

»dass in den sächsischen Lehrplänen das Thema digitale Bildung und Medienkompetenz mehr Beachtung findet. Denn in diesen Zeiten ist ein aufgeklärter Umgang mit den Medien und dem Internet unerlässlich.«



Rico Gebhardt

Fraktionsvorsitzender
rico.gebhardt@slt.sachsen.de

»dass meine Kinder nicht nach der 4. Klasse wegen der Engstirnigkeit von CDU-Politikern getrennt und in gute und schlechte Kinder eingeteilt, sondern lange gemeinsam in einer Klasse unterrichtet werden.«



René Jalaß

Sprecher für Hochschul- und Wissenschaftspolitik
Sprecher für Drogen- und Netzpolitik
rene.jalass@slt.sachsen.de

»Was geil wäre? Eine Schule ohne Notenstress. In der alle mitscheiden. Die inklusiv, modern und mit genügend Lehrer*innen & Sozialarbeiter*innen durch's Aufwachsen führt. Als Lern- und Lebensort! Do it!«



Marion Junge

Sprecherin für BürgerInnenanliegen und Petitionen
Sprecherin für Weiterbildung und Kindertageseinrichtungen
marion.junge@slt.sachsen.de

»ganzheitliche Bildung von der Kita bis zur Erwachsenenbildung. Alle Bildungseinrichtungen sollten Freude und Selbstständigkeit beim Lernen entwickeln – auch mit neuen Lernkonzepten und -formen. Soziale Kompetenz, Kreativität, Medien- und Entscheidungskompetenz sind notwendige Bildungsziele, um in unserer vernetzten Welt zu recht zu kommen. Wir brauchen eine praxisnahe und anwendungsbereite Bildung für alle Generationen!«



Kathrin Kagelmann

Sprecherin für Agrarpolitik und ländliche Räume
kathrin.kagelmann@slt.sachsen.de

»dass Schulen über Gärten oder eine Vereinbarung mit einem regionalen Bauern verfügen, damit aus frischen saisonalen Produkten in der eigenen Schulküche von Kindern für Kinder gesundes Essen gekocht wird.«



Anja Klotzbücher

Sprecherin für Europapolitik
anja.klotzbuecher@slt.sachsen.de

»dass in den Schulen neben Fachwissen wieder mehr Sozialkompetenzen geschult werden. Denn neben Mathematik oder Biologie ist es für das Zusammenleben wichtig, Konflikt- und Kooperationsfähigkeiten zu lernen.«



Kerstin Köditz

Sprecherin für Antifaschistische Politik
kerstin.koeditz@slt.sachsen.de

»mehr Zeit und Platz, um nicht nur unsere eigene Geschichte und Gegenwart zu erkunden, als wären sie Schicksal – sondern um gemeinsam aus ihnen und ihren vielen Fehlern zu lernen, es besser zu machen.«



Heiko Kosel

Sorbenpolitischer Sprecher
heiko.kosel@slt.sachsen.de

»dass es auch in Zukunft noch ausreichend sorbische Schulen und sorbisch-muttersprachliche Lehrer/innen gibt, um sorbische Sprache und Identität zu erhalten. Dafür muss Politik aktiv Unterstützung leisten!«



Kerstin Lauterbach

Familienpolitische Sprecherin
kerstin.lauterbach@slt.sachsen.de

»dass Ganztagsbetreuung mit interessantem Unterricht, gesundem Essen, cooler Freizeit, aber ohne Stundenausfall und ohne finanzielle Belastung leistbar wird. Das entspannt auch das Familienleben.«



Verena Meiwald

Haushalts- und finanzpolitische Sprecherin
Sportpolitische Sprecherin
verena.meiwald@slt.sachsen.de

»eine lebenslange antirassistische, weltoffene und aufgeklärte Bildung, die dazu beiträgt, dass es wieder mehr Toleranz, Miteinander und Zusammenhalt und weniger Hass und Parolen in Sachsen und der Welt gibt.«



Juliane Nagel

Sprecherin für Flüchtlings- und Migrationspolitik
Sprecherin für Datenschutz
juliane.nagel@slt.sachsen.de

»dass auch Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund oder geflüchtete Kinder und Jugendliche Zugang zu guter Bildung haben. Das Menschenrecht auf Bildung kennt keine Ausnahme!«



Luise Neuhaus-Wartenberg

Sprecherin für Mittelstand, Handwerk und Tourismus
Stellv. Fraktionsvorsitzende
luise.neuhaus-wartenberg@slt.sachsen.de

»dass alle Schüler/innen die Schule mit den Fähigkeiten und Kompetenzen verlassen, die ihnen mindestens eine Berufsausbildung ermöglichen. Sie werden z.B. das wissen: Der Dreisatz ist keine Sportart!«



Janina Pfau

Sprecherin für Verbraucherschutz
Sprecherin für Kinder- und Jugendpolitik
janina.pfau@slt.sachsen.de

»dass es möglich wird, neben Kernkompetenzen wie Lesen, Rechnen und Schreiben auch die Vermittlung von sozialen Werten wie Hilfsbereitschaft, Respekt, Kompromissfähigkeit und Verantwortungsbewusstsein wieder in den Vordergrund zu rücken.«



Dr. Jana Pinka

Sprecherin für Umweltpolitik und Ressourcenwirtschaft
jana.pinka@slt.sachsen.de

»dass Kinder für den schonenden und sparsamen Umgang mit Ressourcen, die uns die Erde zur Verfügung stellt, sensibilisiert werden und dafür, dass Wohlstand nicht durch die Ausbeutung anderer Länder ermöglicht werden darf.«



Lutz Richter

Demokratierepolitische Sprecher
Stellv. Fraktionsvorsitzender
lutz.richter@slt.sachsen.de

»die Schule als Ort, in dem Kinder die Spielregeln der Demokratie und eine respektvolle Kultur des Meinungs austausches lernen. Deshalb möchte ich, dass Schülerinnen und Schüler noch stärker in Entscheidungen der Schule einbezogen werden.«



Susanne Schaper

Sprecherin für Sozial- und Gesundheitspolitik
Tierschutzpolitische Sprecherin
Stellv. Fraktionsvorsitzende
susanne.schaper@slt.sachsen.de

»mehr soziale Kompetenzen und eine solidarischere Schulgemeinschaft, in welcher Menschen nicht nach deren Einkommen oder sozialer Situation, sondern nach ihrem Charakter beurteilt werden.«



André Schollbach

Sprecher für Kommunalpolitik
andre.schollbach@slt.sachsen.de

»moderne und modernisierte Schulgebäude, in denen ganztägiges Lernen auch möglich ist und Spaß macht!«



Mirko Schultze

Sprecher für Feuerwehr, Rettungswesen und Katastrophenschutz
mirko.schultze@slt.sachsen.de

»dass neben Lesen und Schreiben auch Erste Hilfe und Brandschutz/Brandbekämpfung wieder regelmäßig Unterrichtsinhalt sind. Beide Themen sind wie Schwimmen: Wenn man es braucht, sollte man es können.«



Franz Sodann

Kulturpolitischer Sprecher
franz.sodann@slt.sachsen.de

»Die Schule ist mehr als die bloße Vorbereitung junger Menschen auf deren Produzenten- und Konsumentendasein. Ohne moralische Substanz, gelehrt und gebildet in den musischen Fächern, kann und wird eine Gesellschaft nicht zusammenhalten.«



Enrico Stange

Sprecher für Innenpolitik, Landesentwicklung, Bauen und Wohnen
enrico.stange@slt.sachsen.de

»die Kinder und Jugendlichen durch pfiffige Präventionsarbeit auch gegen Gefährdungen durch Crystal, Alkohol, Gewalt, Hass und Kriminalität zu stärken und für friedliche Konfliktbewältigung zu gewinnen.«



Klaus Tischendorf

Gewerkschaftspolitischer Sprecher
klaus.tischendorf@slt.sachsen.de

»dass in der Schule vermittelt wird, welche durch das Grundgesetz geschützten Rechte im Arbeitsleben bestehen und wie betriebliche Mitbestimmung und gewerkschaftliche Beteiligung umgesetzt werden.«



Horst Wehner

Sprecher für Inklusion
Sprecher für SeniorInnenpolitik
Vizepräsident des Landtages
horst.wehner@slt.sachsen.de

»dass alle Schülerinnen und Schüler, egal ob mit einer körperlichen, geistigen, seelischen oder/und Sinnesbeeinträchtigungen, gemeinsam lernen können, willkommen sind und nicht von Barrieren jeglicher Art eingeschränkt werden.«



Im Osten geht die Sonne auf – was Sachsen vormachen kann

Müssen wir wieder mehr an den »Osten« denken? »Ja, auf jeden Fall«, sagt Rico Gebhardt (54), Vorsitzender der Linksfraktion. »Mein Ansatz ist ein anderer«, meint Juliane Nagel, Leipziger Landtagsabgeordnete der LINKEN. Und wie sehen Sie das?



»Bei uns im Osten«, sagen wir fast alle manchmal, egal ob wir hier aufgewachsen oder zugezogen sind. Wir Menschen im Osten haben einen großen Vorteil: Wir kennen uns mit Krisen aus. Egal ob als gebürtige Osis oder in Umbruchzeiten oder später Zugezogene: Wir wissen, wenn »Weiter so« nicht mehr funktioniert und was Neues angesagt ist. Wir wissen, was ein Plan ist, aber wir haben auch ein Gespür dafür, wann der scheitert. Dann improvisieren wir lieber rechtzeitig. Weil wir wissen, dass es Menschen gibt, auf die wir uns verlassen können. Wir haben es nämlich gelernt zusammenzuhalten. Heute nicht mehr als Antwort auf den Mangel an Material, sondern auf eine Gesellschaft, der die Geborgenheit fehlt.

27 Jahre nach der Wiedervereinigung gibt es weder wirtschaftlich noch sozial eine deutsche Einheit: Die Wirtschaftskraft der ostdeutschen Bundesländer liegt erst auf 68 Prozent des Westniveaus, und auch bei Löhnen und Renten ist nicht absehbar, wann Ost und West gleichziehen.

Das Treuhand-Unrecht der neunziger Jahre muss aufgearbeitet werden – die zwangsweise Abwicklung der meisten Industriebetriebe hat bis heute Folgen. Viele Menschen werden mit niedrigerer Rente dafür »bestraft«, dass sie nach der Wende unverschuldet in Arbeitslosigkeit gedrängt wurden und nie wieder einen dauerhaften, anständig bezahlten Job fanden.

Aus meiner »Ost-Erfahrungssicht« geht es in unserem Land um folgende zehn Grundsätze für ein gelingendes Zusammenleben aller Menschen, die hier in Sachsen leben:

1. **Statt Ängsten vor der Zukunft soziale Sicherheit für alle!**
2. **Kinder fördern, nicht den Trauschein der Eltern!**
3. **Kultur statt Kommerz! Unabhängig von Geldbeutel und Wohnort.**

4. **Bewegung statt Stillstand! Mobilität in Stadt und Land ohne Stau und Zwang zum Auto.**
5. **Starke Regionen in Europa statt nationalem Konkurrenzdenken!**
6. **Jede/r nach ihrer/seiner Fassung! Ohne religiöse Vorschriften im öffentlichen Raum.**
7. **Demokratie statt Staatspartei! Sachsen vor CDU-Allmacht bewahren.**
8. **Bildung statt Auslese! Längeres gemeinsames Lernen schafft Zusammenhalt.**
9. **Gemeinwohl vor Privatisierung!**
10. **Der Kapitalismus ist nicht das letzte Wort der Geschichte.**

Die Linksfraktion stellt kompromisslos den Menschen in den Mittelpunkt. Deshalb kämpften wir z.B. schon für den Mindestlohn, als noch nicht mal die Gewerkschaften dafür waren. Nun ist die erste Stufe geschafft, mehr als 300.000 Sächsinen und Sachsen haben dadurch mehr in der Lohntüte. Aber wir kämpfen weiter, denn der Mindestlohn muss rauf, damit die, die ihn bekommen, später nicht in Altersarmut leben müssen.

Im Osten geht die Sonne auf, Sachsen kann mehr, als dem Westen hinterherzulaufen. Wir haben klare Maßstäbe für unser Handeln. Sie wurzeln in Jahrhunderten Erfahrungen der sozialen Bewegungen unserer Region, ob das nun die Arbeiter-, Schreiber- oder Mieterbewegung ist oder ob es Stadtteilinitiativen, Sportvereine, Freiwillige Feuerwehren, soziale Patenschaftsprojekte oder gemeinsame kulturelle Aktivitäten sind. Machen wir gemeinsam was daraus – das hilft uns selbst, und die Enkel werden es uns danken.

Rico Gebhardt, Fraktionsvorsitzender

KEINE Nischen, sondern EINE Welt

Leipzig war zu DDR-Zeiten die westlichste Stadt im Osten – sagt man –, wegen der internationalen Messe. Seit dem Mauerfall und dem Ende der DDR gilt Leipzig als die Region Sachsens, die sich am wenigstens »sächsisch« fühlt. Die Bevölkerung hier sieht Weltoffenheit als hohen Wert, nicht alle und nicht immer, aber »wir«, sage ich mal ganz kühn als im Leipziger Süden direkt gewählte Landtagsabgeordnete und damit Vertreterin der Menschen dieses Wahlkreises im Dresdner Landtag, wir haben es nicht so mit kleinräumiger Identität.

Das liegt wahrscheinlich schon daran, dass Leipzig keine natürlichen Grenzen hat – wir erstrecken uns in der Weite einer Ebene. Die Stadt wächst stark – offenbar ist unser Umgang mit dem Leben und der Welt attraktiv, anziehend: Es kommen viele, gerade auch junge Leute hierher. Ich unterstütze natürlich alle Forderungen nach Angleichung der Lebensverhältnisse, und selbstverständlich sollte es mehr »Osis« in verantwortlichen Positionen geben. Ich bin auch für eine Geschichtsschreibung, die Alltag und Erfahrungswelten der Menschen gerecht wird, die im »Osten« aufgewachsen sind.

Zu einem solchen differenzierten Geschichtsbewusstsein gehört aber auch die Aufarbeitung des Nationaltaums in der Wendezeit, der mit einem ausbrechenden Rassismus einher gegangen ist. Auch eine Bewegung, die für Bürgerrechte kämpft, gibt es im Osten nur in Rudimenten. Das hat eine Vorgeschichte: im fehlenden Demokratieverständnis der DDR und in der autoritären

Prägung von Befehlen und Gehorchen. Die staatlich proklamierte Völkerverständigung fand in der DDR zudem kaum eine reale Entsprechung. Ausländische Vertragsarbeiterinnen und Vertragsarbeiter wurden von der Bevölkerung abgeschottet.

Von dieser Tradition zehrt die sächsische CDU bis heute – wie eine recycelte Staatspartei, wo das Rot durch Schwarz überpinselt worden ist.

Deshalb bringt uns die Ost/West-Nummer nicht wirklich weiter. Ich komme nicht auf die Idee, in Abwandlung eines alten nationalistischen Spruchs, zu meinen, dass am Leipziger Wesen die sächsische und ostdeutsche Welt genesen soll. Ich glaube aber, dass Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert nicht damit funktioniert, dass man den eigenen Kirchturm zum Nabel der Welt erklärt.

Ich liebe (nicht nur) Connewitz, aber wir werden den Raubtier-Kapitalismus unserer Zeit, der jeglichen sozialen Zusammenhalt zerstört, nicht aus einer gut gehüteten Nische heraus zähmen können. Nicht nur wir aus Leipzig müssen uns zusammentun – mit den Menschen aus Ludwigshafen, Lyon, London und Los Angeles, aus Luxemburg, Lettland, Libyen und Libanon. Natürlich gerne auch aus Leisnig, Leinefelde-Worbis, Lübben, Ludwigslust oder Laucha an der Unstrut, um Städte des »Ostens« angemessen zu bedenken. Einen besonderen »Naturschutz« für uns brauchen wir »Osis« aber nicht.

Juliane Nagel, Leipziger Abgeordnete der Linksfraktion



CDU schadet der Polizei

»Denen den Rücken stärken, die für uns stark sind«, dafür warb die CDU im Bundestagswahlkampf mit einem Polizei-Großplakat. Vorher hatte die sächsische CDU-Landtagsfraktion in ihrer Zeitung getitelt: »Wir machen Sachsens Polizei stark.« Tatsächlich aber hat ein Großteil der Polizeibediensteten in Sachsen Rückenschäden durch ständige Überlastung. Wer über acht Stunden lang mit schwerer Schutzweste und kompletter Ausrüstung immer wieder in einen kleinen VW-Golf rein und wieder raus muss, spürt irgendwann die Folgen. Der Krankenstand der Polizei ist binnen zehn Jahren von 6,8 auf 8,7 Prozent gestiegen. Das ist doppelt so viel wie im bundesweiten Durchschnitt. Hinzu kommen weitere über tausend Beamte, die aus gesundheitlichen Gründen nur noch eingeschränkt arbeitsfähig sind.

Mehr Personal

Arbeiten bis zum Umfallen ist die Folge einer CDU-»Sicherheitspolitik«, die nur auf Plakaten schön aussieht. Nur noch 11.050 Polizeibeamte gibt es in Sachsen, nach jahrelangem Personalabbau. Durch die vielen Altersabgänge schrumpft das Polizei-Personal immer noch, obwohl inzwischen – auf Druck von LINKER Opposition und Gewerkschaften – etwas mehr eingestellt wird. Der gesundheitliche Verschleiß hat auch etwas mit vielen Überstunden zu tun. Allein bei der Bereitschaftspolizei sind schon mal in einem Monat 70.000 Überstunden angefallen. Für Enrico Stange, innenpolitischer Sprecher der Linksfraktion, der all diese Zahlen durch beharrliches Nachfragen laufend an die Öffentlichkeit bringt, steht fest: »Sachsen braucht 3.000 Polizistinnen und Polizisten mehr, nicht nur tausend, wie die Staatsregierung sagt und in den nächsten Jahren noch nicht mal in den Dienst bringt.«

Zehntausend Straftaten mehr in der letzten Jahres-Kriminalstatistik für Sachsen – dagegen kommt man nicht mit immer mehr Video-Überwachung an. Stange: »Nichts erhöht so sehr Sicherheit und Sicherheitsgefühl wie der Streifenbeamte vor Ort!«

Mord unerkannt?

Man kennt sie aus fast jedem »Tatort«, und auch bei realen Verbrechen spielt sie eine Schlüsselrolle: die Rechtsmedizin. Wenn mutmaßlich ein schweres Verbrechen geschehen, der Täter aber noch unbekannt ist, dann bringt oft die Untersuchung des Opfers die entscheidenden Ansätze für die Ermittlungen.

Auch die Institute für Rechtsmedizin der Technischen Universität Dresden und der Uni Leipzig mit der Prosektur Chemnitz (eine Außenstelle, wo Obduktionen durchgeführt werden) fertigen Gutachten, obduzieren Leichname, identifizieren Tote, untersuchen Geschädigte und Tatverdächtige und werten (DNA)-Spuren aus. Das Problem: Sie leiden unter chronischem Geldmangel. Das wurde in einer Experten-Anhörung des Landtags auf Antrag der Linksfraktion vorgerechnet.

Beiden Institutionen fehlen jedes Jahr jeweils rund eine halbe Million Euro, Folge: Nötige Investitionen fallen aus, der laufende Betrieb funktioniert nur noch durch Arbeit am Limit. Was das bedeutet, weiß Klaus Bartl, rechtspolitischer Sprecher der Linksfraktion und selbst Rechtsanwalt: »Wenn sie nicht ordentlich arbeiten können, fehlen gerichtsverwertbare Beweise. Straftaten, auch Tötungsverbrechen, bleiben unentdeckt, Täter kommen davon. Das nimmt die CDU-geführte Regierung in Kauf und inszeniert sich dennoch als Garant der öffentlichen Sicherheit. Tatsächlich ist sie ein Sicherheitsrisiko.«

Folge ist: Personal wird abgebaut, versierte Rechtsmediziner wandern ab. Schon vor sieben Jahren war der Personalnotstand in der Chemnitzer Rechtsmedizin Thema. 2013 wurde bekannt, dass die Zwickauer Staatsanwaltschaft an über 70-jährige Rechtsmediziner in Bayern Aufträge vergibt, weil in Sachsen entsprechendes Personal fehlt.

Rechtsmedizin jetzt retten



Nun sollte man denken, dass Sachsen mit einem Doppelhaushalt für zwei Jahre in Höhe von insgesamt 37,5 Milliarden Euro in jedem Jahr zusätzlich eine Million für intakte Rechtsmedizin übrig hat. Das sind 0,0053 Prozent aller Mittel des Landes. Soviel sollte dem Staat zuverlässige Verbrechensaufklärung wert sein. Doch die CDU/SPD-Koalition hat entsprechende Anträge der Linksfraktion abgelehnt.

Klaus Bartl: »Andere Bundesländer sorgen längst mit Landesmitteln dafür, dass die Rechtsmedizin ordentlich arbeiten kann. In Sachsen scheitert das offenbar am Finanzminister, der Mittel blockiert, und am Ministerpräsidenten, der tatenlos zuschaut.«

Sorgen Konservative in der Regierung, wie die CDU in Sachsen, für mehr Sicherheit? Wir lassen hier die Fakten sprechen. Natürlich haben wir auch eine Meinung dazu. Aber urteilen Sie doch bitte selbst.

Was ist los?

Lesen Sie Zeitung? Hören Sie Radio? Gucken Sie Fernsehen? Schauen Sie regelmäßig in Online-Nachrichtenportale? Wie oft stoßen Sie auf Infos aus dem Landtag? Wenn Ihnen das nicht reicht, bieten wir Abhilfe: Sie können den Rundbrief mit Neuigkeiten bestellen und/oder sich regelmäßig unsere Pressemitteilungen zuschicken lassen – per E-Mail. Ein paar kleine Einblicke in einige wenige der vielen Themen, zu denen wir mit »Drucksachen« im Landtag Druck gemacht haben, geben wir hier.

Rettung ist oft Minutensache

Manchmal geht es im Landtag um Leben und Tod. Zum Beispiel, wenn die Linksfraktion die Staatsregierung mit Fragen zu Rettungsdienst und Notfallmedizin herausfordert. Wenn mancherorts die vorgeschriebene Hilfezeit von zwölf Minuten bei jedem vierten Notruf nicht eingehalten wird, ist das nicht nur ein Verstoß gegen eine Verordnung.

Denn diese zusätzlichen Minuten Wartezeit können schlimme Folgen haben. Daran sind nicht die Retterinnen und Retter schuld – sie leisten oft unter schwierigsten Arbeitsbedingungen und bei bescheidener Bezahlung Großartiges. Sondern Personalmangel und organisatorisch-technische Defizite – wenn wir hier Probleme rechtzeitig im Landtag ansprechen, kann das Leben retten.

Rente nicht wegrechnen

Wer es geschafft hat, trotz harter und oft nicht ungefährlicher Arbeit den wohlverdienten Ruhestand zu erreichen, ist zu Recht verärgert, wenn die eigene Lebensleistung nicht angemessen anerkannt wird.

Dieses Schicksal widerfährt – nur als ein Beispiel für viele diskriminierte Berufsgruppen in Ostdeutschland – ehemaligen Bergleuten, die in der Braunkohle-Veredelung gearbeitet haben. Sie hatten wegen der besonderen Gesundheitsbelastungen ein Zusatz-

versorgungssystem, in das sie ihre Beiträge einzahlten. Doch bei der sogenannten Rentenüberleitung nach der Wiedervereinigung fiel das einfach unter den Tisch. Hier muss Gerechtigkeit wiederhergestellt werden – dafür haben wir im Landtag die Stimme erhoben und im Bundestag entsprechende Initiativen ergriffen.

Zwar kann solches Unrecht nicht in Sachsen selbst beseitigt werden, aber die Staatsregierung kann und muss dafür im Bundestag was tun. Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) sagte nach der Bundestagswahl, seine Partei habe zu wenig für die Menschen im Osten getan. Das stimmt wohl, aber es ist der Job einer Landesregierung, die Interessen ihrer Bürgerinnen und Bürger auch in Berlin zu vertreten. Also, auf geht's!

Geld für Gemeinwohl

Das tun wir auch, wenn es alle zwei Jahre um den Doppelhaushalt des Freistaates Sachsen geht. Dass im laufenden Doppelhaushalt 2017/18 nach vielen Jahren des »Kauputtsparens« unter Regie des CDU-Finanzministers Unland endlich mehr Geld für mehr Lehrkräfte an den Schulen und mehr Polizistinnen und Polizisten eingestellt worden ist, das war auch höchste Zeit. Ein schönes Beispiel dafür, dass LINKS wirkt, denn genau darauf hatte die stärkste Oppositionsfraktion in Sachsen, DIE LINKE, jahrelang gedrängt.

Es war ja auch nicht einzusehen, dass die CDU-Finanzpolitik einerseits auf Steuerzahlerkosten die sächsische Landesbank totspekuliert hatte, was die Bevölkerung mit bis zu 2,75 Milliarden Euro zu bezahlen hat. Andererseits wird bei Bildung und öffentlicher Sicherheit geknausert. Doch damit geben wir uns nicht zufrieden. Nicht nur, weil das, was jetzt nachgeholt wird, nicht reicht (siehe dazu u.a. Seite 3 und 9). Sondern weil, wie unser Fraktionsvorsitzender Rico Gebhardt vor der Abstimmung über den Landeshaushalt sagte, »die Reichen, die Superreichen und die Konzerne zur Finanzierung des

Gemeinwesens – gemessen an ihren Möglichkeiten – fast nichts beitragen.«

Kinder machen Familie

Die meisten Paare in Sachsen haben Kinder. Die Mehrheit von ihnen ist nicht verheiratet, wenn das erste Kind kommt. Wir finden (und das unterscheidet uns von den Konservativen und noch mehr von den Rechten), dass die Menschen selbst entscheiden sollen, wie sie ihr Familienleben führen. Deshalb gilt für alle unsere Initiativen bei diesem Thema der Leitsatz: Familie ist da, wo Kinder sind. Kinder wollen wir fördern, und die Menschen, die sich um die Kinder kümmern.

In das Liebesleben hat sich der Staat gleich gar nicht einzumischen. Deshalb waren auch wir für »Ehe für alle«, die sie wollen, egal ob sie mit einem Menschen des

anderen oder gleichen Geschlechts glücklich werden wollen. Das findet übrigens die große Mehrheit der Menschen in Sachsen auch. Was stört es die Frau und den Mann, wenn in der Nachbarwohnung zwei Männer oder zwei Frauen gemeinsame Sache machen? Natürlich nichts.

Den Mittelstand in Frieden lassen

Die Russland-Sanktionen haben nichts gebracht, aber dem sächsischen Mittelstand viel Schaden zugefügt. Laut Industrie- und Handelskammer ist der Wirtschaft in Sachsen deshalb in den letzten drei Jahren 670 Millionen Euro beim Export verloren gegangen. Das kostet Arbeitsplätze. Frieden schafft man so auch nicht, denn Handel bringt Annäherung, nicht Abschottung und Boykott. Deshalb kämpfen wir weiter für die Aufhebung dieser Sanktionen.

Diplomatie statt Sanktionen im Ukraine Konflikt



Foto: privat

Sachsens Arbeitgeberpräsident Dr. Jörg Brückner (Vereinigung der Sächsischen Wirtschaft, VSW) sagt, warum die Sanktionen gegen Russland der sächsischen Wirtschaft schaden und der Welt nichts nützen – und gibt der Politik einen Rat.

Die positive wirtschaftliche Entwicklung des Freistaats wird wesentlich von einem erfolgreichen Exportgeschäft getragen. In über 150 Ländern sind unsere Produkte und Dienstleistungen mittlerweile gefragt. Russland zählte zu den wichtigsten Wachstumsmärkten. Allein zwischen 2008 und 2013 hatten die Ausfuhren um 51 Prozent zugenommen. Die Sanktionen haben die sächsischen Unter-

nehmen deshalb hart getroffen – seit 2013 halbierten sich die Exporte. Damit geht uns ein einst boomender Markt verloren. Zum einen, weil Wettbewerber die Lücke schließen und in Russland gleichzeitig der Druck auf die Unternehmen wächst, vor Ort zu lokalisieren. Zudem versuchen russische Firmen selbst, entsprechende Produkte herzustellen. Wirtschaft lebt von Vertrauen und es ist ein Irrglaube, dass sich unsere Unternehmen einfach neue Märkte erschließen können.

Gleichzeitig ist zu konstatieren, dass die Sanktionen nicht zur Entschärfung des Konflikts beitragen. Wir haben uns deshalb auch bereits mehrfach dafür ausgesprochen, andere Wege zu gehen. Dazu gehören nicht nur ein fairer und respektvoller Umgang miteinander, schließlich ist Russland ein wichtiger Partner der Weltgemeinschaft. Genauso wichtig ist eine Rückkehr zu geordneten Verhältnissen. Deshalb sollte Russland auch wieder in die Runde der jetzigen G8 aufgenommen werden. Das ist das angemessene Format, um mit diplomatischen Mitteln über die Lösung des Konflikts und den Ausgleich der Interessen zu beraten und die Parteien einzubinden.



Foto: privat

Armut ist heilbar – auch in Sachsen

Susanne Schaper ist von Beruf Krankenschwester. Die 39-jährige, geboren in Karl-Marx-Stadt, wohnt in Chemnitz, ist verheiratet und hat drei Kinder. Sie ist in der Linksfraktion u. a. zuständig für Sozial- und Gesundheitspolitik und eine der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden. Mit besonders viel Herzblut engagiert sie sich in der »Deutsch-Vietnamesischen Gesellschaft zur Förderung der Medizin in Vietnam e.V.« (DEVIEMED) und fliegt regelmäßig ehrenamtlich mit nach Vietnam, wo ihr Team Kinder mit Lippen-Kiefer-Gaumen-spalten operiert.

Dass am Ende des Geldes noch zu viel Monat übrig ist, haben die meisten von uns »Normalsterblichen« schon mal erlebt. Es gibt aber Leute, bei denen das unverschuldet der Dauerzustand ist. Jeder fünfte Mensch in Sachsen ist arm – das sind Zahlen aus der offiziellen Statistik. Laut der Bundesregierung (!) sind 21 Prozent aller Kinder und Jugendlichen in Deutschland arm, das sind allein in Sachsen mindestens 150.000 Kinder.

Wir kennen Menschen, die wissen: Wenn sie ihre Arbeit verlieren, haben sie zwölf Monate Zeit und danach fallen sie in ein Loch, aus dem sie vielleicht nie wieder herauskommen. Viele werden vom Jobcenter entmündigt und dürfen nicht mal mitentscheiden, ob eine bestimmte »Maßnahme« oder Weiterbildung für sie sinnvoll ist. Die »Freiheit«, auf die un-

sere Gesellschaft doch so stolz ist, gilt für sie nicht:

- Sie dürfen nicht mehr frei entscheiden, welcher Erwerbstätigkeit sie nachgehen.
- Sie dürfen nicht mehr frei entscheiden, welche Kleidung sie tragen, welche Haushaltsgeräte sie anschaffen und wo sie einkaufen gehen.
- Sie dürfen nicht mehr frei entscheiden, ob und wohin sie reisen können.

Und dann gibt es die, die Arbeit haben, aber weiterarbeiten müssen, solange sie irgendwie können, denn ihre Rente reicht vorn und hinten nicht. Auch wir freuen uns, wenn sich die Wirtschaft in Sachsen und Deutschland gut entwickelt. Aber es ist etwas faul im Land, wenn bis zu einem Drittel der Bevölkerung von dieser wirtschaftlichen Entwicklung keinen Nutzen hat. Das wollen wir ändern! Besonders Alleinerziehende und Familien mit mehreren Kindern haben oft das Nachsehen. Das darf nicht so bleiben!

Eine solidarische Mindestrente von 1.050 Euro, eine Kindergrundsicherung von 573 Euro und die Abschaffung des entwürdigenden Hartz-IV-Systems – dafür machen wir uns auch als Linksfraktion im Landtag mit vielen Initiativen stark. Sachsen hat als bevölkerungsreichstes ostdeutsches Bundesland Einfluss – doch die CDU-geführte Staatsregierung kämpfte sogar bis zuletzt gegen den Mindestlohn! Wir kämpfen dafür, dass Sachsen seine Stimme in Deutschland für soziale Gerechtigkeit erhebt.

LINKS im Landtag

Frauen haben die Mehrheit

In Sachsen gibt es mehr Frauen als Männer, und in der Linksfraktion ist das auch so: 14 Frauen, 13 Männer. Wir sind die einzige Landtagsfraktion mit einer weiblichen Mehrheit.

»Oppositionsführerin«

Die Linksfraktion ist die stärkste Oppositionsfraktion im Landesparlament, und das schon zum vierten Mal. Bei den Wahlen 1999, 2004, 2009 und 2014 wurde DIE LINKE (bzw. früher PDS) zweitstärkste Kraft. Deshalb spricht man auch von der »Oppositionsführerin«.

Kleine Anfragen

Abgeordnete dürfen die Staatsregierung zu allem fragen, worauf die Regierung Einfluss hat. Mitglieder unserer Fraktion fragen besonders oft und hartnäckig nach. So haben die 27 Abgeordneten bisher mehr Anfragen gestellt als alle Abgeordneten der CDU, SPD, AfD, GRÜNE zusammen. Manchmal verweigert die Regierung die Antwort. Dann können die Abgeordneten vor dem Sächsischen Verfassungsgerichtshof dagegen klagen. Wir waren damit bisher fast immer erfolgreich. Gleichzeitig ist die Regierung verpflichtet, wahrheitsgemäß und vollständig zu antworten. Das Recht, Kleine Anfragen zu stellen, hat jedes Mitglied des Landtags, es ist kein Recht der Fraktionen.



© Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag

Große Anfragen

Fraktionen haben das Recht, zu einem größeren Themenkomplex mit vielen Details Auskunft von der Staatsregierung zu erhalten. Dazu werden sogenannte Große Anfragen gestellt. Wenn die Antworten vorliegen, kann die Fraktion die Große Anfrage auf die Tagesordnung des Parlaments setzen. Dann wird über die Antworten der Staatsregierung diskutiert.

Gesetzentwürfe

Manche Leute denken, die Regierung macht die Gesetze. Aber das stimmt nicht. Sie als Wählerin oder

Wähler wählen den Landtag, und der ist »Gesetzgeber«. Gesetze können die Staatsregierung und die Fraktionen vorschlagen, das nennt man dann Entwurf. Wenn die Mehrheit des Landtags dem Entwurf zugestimmt hat, wird er Gesetz und gilt.

Anträge

Fraktionen können Anträge stellen, in denen z. B. steht, was die Staatsregierung machen soll. Darüber wird im ganzen Landtag (öffentlich) und auch in den Ausschüssen des Landtags (nicht-öffentlich) diskutiert. Die Linksfraktion möchte, dass auch die Ausschüsse öffentlich tagen. Dafür müsste die Geschäftsordnung des Landtags entsprechend geändert werden. Das hat die Mehrheit leider bisher abgelehnt.



© Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag

CDU sagt immer »Nein«

Die CDU-Fraktion lehnt immer alles ab, was von den LINKEN kommt. Wir machen das umgekehrt nicht, sondern schauen uns die Vorschläge der anderen Fraktionen genau an. Weil die SPD gerade in einer Koalition mit der CDU ist und man als Koalition einheitlich abstimmen will, lehnt zurzeit auch die SPD alles ab, was von uns kommt. Arbeiten wir also nur für den Papierkorb? Nein, weil erstens die Mehrheit öfter Ideen von uns übernimmt, die sie erst abgelehnt hat. Und zweitens wollen wir mit unseren Anträgen und Gesetzentwürfen zeigen, was in Sachsen besser laufen würde – wenn die CDU nicht mehr die Mehrheit bestimmt. Denn es gibt ja wieder Wahlen – das nächste Mal 2019.

(Die Aufzählung ist nicht komplett, es gibt u. a. noch Untersuchungsausschüsse, Enquete-Kommissionen ... Wer mehr wissen will, findet das auf der Seite des Sächsischen Landtags: <http://www.landtag.sachsen.de>). Unter gleicher Adresse können Sie sich Gesetzentwürfe, Anträge und Große Anfragen unserer Fraktion anschauen.

links im Landtag

Fraktion DIE LINKE
im Sächsischen Landtag
Herbst 2017

Sie haben das Lösungswort gefunden?

Senden Sie es per Post an:

Fraktion DIE LINKE
im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

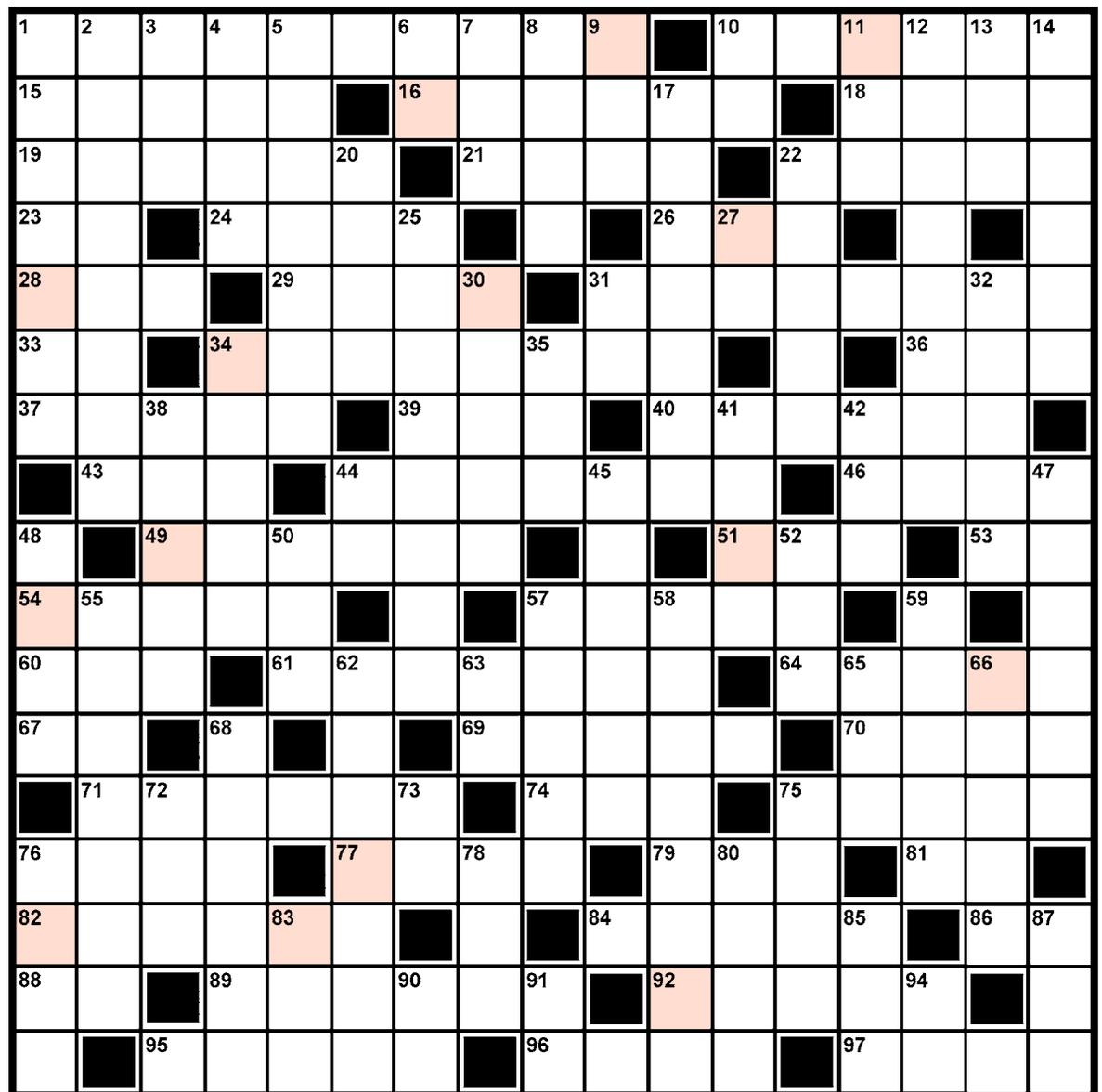
oder per E-Mail an:
linksfraktion@slt.sachsen.de

Kennwort: »LiL-Preisrätsel«.

Einsendeschluss ist der
31. Dezember 2017 (Poststempel).

Unter allen richtigen
Einsendungen verlosen wir
unter Ausschluss des Rechtsweges
Büchergutscheine!

Die Gewinne werden
zugeschickt, deshalb bitte
Absender nicht vergessen.
Die Einsender-Adressen
werden ausschließlich zur
Ermittlung der Gewinner
genutzt. Die Finanzierung der
Preise erfolgt über Spenden
unserer Abgeordneten.



Lösung	34	11	49	27	16	9	51	54	30	82	66	28	77	92	83
---------------	----	----	----	----	----	---	----	----	----	----	----	----	----	----	----

Waagrecht: 1. Gegenspieler der Regierung, **10.** geliebter, streitbarer Kraftstoff, **15.** brasil. Filmregisseur »Tödliche Sünde«, **16.** das, was drin ist, **18.** Geliebte des Leander (griech. Mythologie), **19.** Amphibie, Maskottchen vom Platsch-Bad am Collm), **21.** frühkindl. Bildungseinrichtung, **22.** neue Abgeordnete der Landtags-Linksfraktion, **23.** europ. Geldkarte, **24.** vorher, früher, **26.** unbenutzt, **28.** unsere politische Farbe, **29.** elektron. Speicherbaustein, **31.** Wohn-/Postanschriften, **33.** russ. Flugzeugtyp (Kzw.), **34.** Vorsitzender (Rico) der Landtags-Linksfraktion, **36.** Techniker (Abk.), **37.** stehen im Testament, **39.** Abk.: Santa, **40.** Veranschlagung, Ausgangspunkt, **43.** indones. Münze, **44.** so hieß früher Seitenmontage d. Zeitung, **46.** Oper von Händel, **49.** Zirkusbühne/-arena, **51.** int. Seenotruf, **53.** Strom durch Nowosibirsk, **54.** Mittellosigkeit, Bedürftigkeit, **57.** engl.: Küste, **60.** ugs.: nein, **61.** Rauminhalt, **64.** Geburtsort von Karl Marx, **67.** Kfz-Zeichen: Tunesien, **69.** Abgeordnete beeinflussende Interessenvertretung, **70.** latein.: im Jahre, **71.** sächs. Stadt, wo sich 1945 sowjet. u. ame-

rik. Truppen begegneten (Elbe Day), **74.** sagenh. Königin von Sparta, **75.** bunter Tropenvogel »Pfefferfresser«, **76.** südostasiat. Gems-/Zwergbüffel, **77.** Zahl ohne Eigenwert, **79.** hin und ..., **81.** chem. Zeichen: Strontium, **82.** Vortrag, parlamentar. Beratung, **84.** als Anlage beigelegt, **86.** Abk.: Erstausgabe, **88.** Abk.: Landrat, **89.** Himmelsrichtung, **92.** Flachland, **95.** Vogelweibchen, Medienpreis im MDR: Goldene ..., **96.** Stimmzettelbehälter, **97.** beliebte DDR-Kinderzeitschrift, Comicmagazin.

Senkrecht: 1. Preisangebot, Vorschlag, **2.** Hindernisbahn, **3.** lat.: für, je, **4.** Nebenfluss der Seine, **5.** unser Bundesland, **6.** chem. Zeichen: Titan, **7.** engl.: Tinte, **8.** US-Bundesstaat, **9.** frz. Filmschauspielerin (Marie-José) »Die Wahrheit«, **10.** Abk.: deutsch, **11.** Lebensgemeinschaft, **12.** Sitzposition der Reiterin auf dem Damensattel, **13.** dt. Volksliedsammler (Ludwig Christian) †1883, **14.** Parole, Wahlspruch, **17.** Parlament e. Bundeslandes, **20.** ernst, freudlos, **22.** Kzw.: für das, **25.** am Rah befestigte Schiffsleinwand, **27.** männl. Fürwort, **30.** Turnunterlage, **31.** Ini-

tialen Dürers, **32.** ital. Männername, ital. für Heinz, **34.** exakt, **35.** Verwaltungsgremium, höherer Beamtentitel, **38.** sächs.: Brotschnitte, **41.** See in Schottland (Loch...), **42.** altröm. Kupfergeld, **44.** engl.: mich, mir, **45.** Einzeller, Urtierchen, **47.** Oper v. Carl Maria Weber, Elfenkönig, **48.** dt. Schriftsteller (Hermann) »Die Aula«, **50.** dt. Nachrichtensender, **52.** Roman-Titel-Figur bei Fritz Selbmann †1975, **55.** Ruheständler, **57.** Molltonart, **58.** Kontakt einleiten, anknüpfen, **59.** die Herzseite, polit. Richtung, **62.** Südfrüchte, Apfelsinen, **63.** niederdt.: Eule, **65.** 8. dt. Bundespräsident (Johannes 1931–2006), **66.** schwed. Name eines nordfinn. Sees, **68.** sächs. Humorist (Winfried), **72.** kl. Rheinzfluss in Baden, **73.** Abk.: unter Umständen, **75.** engl.: Baum, **76.** jeder, **78.** Windschattenseite (Schiff), **80.** Fallen des Meeresspiegels, ugs.: wenig Geld, **83.** jetzt, gleich, **85.** Koseform von Katharina, **87.** Erzgebirgsstadt (Teamfarbe des Fußballclubs: lila), **90.** Internetkennzeichen für Deutschland, **91.** kurzer Moment, **94.** Titel eines Spielbergfilms.

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag

Impressum

Fraktion DIE LINKE
im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
Vorsitzender: Rico Gebhardt
Telefon: 0351 493-5800
Telefax: 0351 493-5460
E-Mail: linksfraktion@slt.sachsen.de
www.linksfraktion-sachsen.de

V.i.S.d.P.: Marcel Braumann
Druck: DDV Druck GmbH
Auflage: 1.88 Mio.
Stand: Oktober 2017